Nicht nur lesen, sondern weitergeben!
Kläre auf: die Frau, den Sohn, den Nachbar!

und zu Folgen führt, die jede Wiederaufstiegsmöglichkeit verhindern." Die Deutschnationalen werden sich hüten, die Wahrheit zu sagen, sie werden vielmehr, um im Jargon Dr Bangs zu reden, recht ausgiebig dafür sorgen, daß unser Volk von Aufwertung „faselt".

Um die Stellung der Deutsch-demokratischen Partei richtig zu beleuchten, bieten wir den Wählern folgende Erklärung unserer Mitglieder und Abgeordneten Dertzburg, Ruschke und Otto vom 10. November 1924. Die darin erwähnten Tatsachen sind sehr interessant!

„Der Hypothekengläubiger- und Sparer-Hilfsverband versucht den Wahlkampf in unserem Wahlkreise durch unrichtige Behauptungen in Rede und Schrift zuungunsten der Deutschen demokratischen Partei zu beeinflussen. Kennzeichnend für seine Voreingenommenheit ist, daß er für die Kandidaten der Deutschnationalen, der Deutschvölkischen und des Zentrums eintritt, obwohl gerade die maßgebenden deutschnationalen Wirtschaftsführer, der Vizepräsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie Fromen und Graf Kalckreuth vom Landbund am 23. Mai 1924 im Reichstagsausschuß die Aufwertung über die dritte Steuernotverordnung hinaus strikt abgelehnt oder an unerfüllbare Bedingungen geknüpft haben. Diese einseitige Wahlpropaganda ist um so unverständlicher, als der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Demokratischen Partei die an unsere Partei gerichtete Frage des Verbandes im Sinne des Verbandes beantwortet und ihn gebeten hat, unserer Partei geeignete demokratische Persönlichkeiten aus seinem Kreise für die Aufstellung zum Reichstage vorzuschlagen; solche Vorschläge sind nicht eingegangen.

Gegenüber den irreführenden Nachrichten, die der Verband über die Haltung unserer Partei und ihrer Kandidaten zur Aufwertungsfrage verbreitet, geben wir zugleich namens sämtlicher Reichstags- und Landtagskandidaten der Deutschen Demokratischen Partei des Wahlkreises folgende Erklärung ab:

Wir bekämpfen die zahlreichen Ungerechtigkeiten der dritten Steuernotverordnung, gegen welche die bisherige demokratische Reichstagsfraktion bereits der Erlaß entschieden schriftlichen Einspruch erhoben hat. Deshalb begrüßen wir grundsätzlich die jetzige Kundgebung der Reichsregierung, wonach sie nunmehr auch über die früheren, von uns ebenfalls als unzulänglich bekämpften Vorschläge des Reichsfinanzministers hinausgehen will.

Wir werden dafür eintreten, daß

1. die Anleihen des Reichs, der Länder und Gemeinden als dreibündige Rechtsmittel aufrechte ihalten bleiben,
2. — entgegen der dritten Steuernotverordnung — unabhängig von der Erledigung der Reparationsverpflichtungen eine Verzinsung einsetzt, und zwar so bald und so hoch, wie es die finanzielle Lage der Schuldner gestattet,
3. die Aufwertung der Forderungen der Hypothekengläubiger u. Sparer im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeit verbessert wird.

Wir werden von der Regierung verlangen, daß sie zur Durchführung unserer Forderungen Mittel aus geeigneten Einnahmequellen zur Verfügung stellt und mit unseren Anträgen so weit gehen, wie es ohne die Gefahr einer neuen Inflation oder weiterer, wirtschaftsschädlicher Steuer- und Mietslasten möglich ist."

Das ist auch die Stellung unserer Kandidaten im Wahlkreis! Keine oberflächen Versprechungen, aber Schritt um Schritt, wie es die finanzielle Lage gestattet, „Wiedergutmachung" des Unrechts und Hebung der Not. Unser Spitzenkandidat Könneburg schreibt:

„Die Ablehnung der Aufwertung für Sparkassengutaben und öffentliche Schuldverschreibungen in der dritten Steuernotverordnung darf nicht das letzte Wort darüber sein. Der neue Reichstag wird auch hier zu einer grundsätzlichen Anerkennung, und sei es auch nur zu einer teilweisen Aufwertung kommen müssen. Die Voraussetzung dafür und die Aufnahme eines entsprechenden Zinsendienstes ist die weitere Sanierung unserer wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse. Steuerschen und Steuerverweigerung sind mit dem Versprechen der Aufwertung nicht in Einklang zu bringen."

Wer diesen Standpunkt anerkennt, wird wissen, was er bei der Wahl zu tun hat. Es heißt auch in der Aufwertungsfrage: „Ein Mann, ein Wort" — aber nicht: „Ein Mann und viele große Worte, hinter denen nichts steckt!" Prüft und vergleicht. Ihr durch Krieg und Inflation Verarmten und Entrechteten! Besonnene Betrachtung führt auch in dieser Frage zu Ehre !!

Wie wählt die deutsche Frau?

Sechs Jahre sind seit der politischen Mündigkeitserklärung der deutschen Frau vergangen. Es war ein Verhängnis, daß sie das Neuland der Politik betrat zu einer Zeit, da eine Verrissenheit, eine Verwirrung herrschte, wie kaum je zuvor, und eine Klärung ist bis auf den heutigen Tag nicht erfolgt. Wie sollen da die zahllosen Frauen, die sich früher nie mit Politik beschäftigten, den Pflichten gerecht werden, die unabweisbar aus den neuen Rechten erwachsen?

Man will nicht blindlings den männlichen Familienmitgliedern Gefolgschaft leisten. Man greift zur Zeitung, aber auch sie ist nach der Einstellung jener gewählt. Da heißt es, beide Augen aufmachen, denn nur so bekommt man ein scharfes, plastisches Bild der Dinge, wie sie wirklich sind. Während, wer nur mit einem Auge sieht, ein flaches Bild bekommt, das nur einen Teil des Blickfeldes beider Augen umfaßt. Also: Zeitungen aller Richtungen lesen, nicht täglich, dazu reicht weder Zeit noch Geld aus, aber hin und wieder über einen besonders wichtigen Gegenstand den Leitartikel am besten von einer Zeitung je der Rechts-, der Mittel- und der Linksparteien. Dann Versammlungen besuchen, wenn möglich, auch gute Redner der verschiedensten Richtungen hören. Danach heißt es freilich selbst arbeiten, durch Nachdenken und Abwägen den Standpunkt finden, der der eigenen Wesenheit am meisten entspricht.

Wie steht es nun um diese Wesenheit der deutschen Frau? Will sie in romantischer Schwärmerei Zuständen nachtrauern, die durch eigene innere Morschheit unwiederbringlich in Trümmer sanken, oder will sie mitbauen an neuen, besseren Zuständen, wie sie die Gegenwart fordert? Will sie Vorrechte, die sie vielleicht einst durch Geburt unverdient besessen hat, zurückzuerobern auf Kosten derer, die schon vom ersten Atemzuge an unendlich viel schlechter gestellt sind als sie, oder will sie gleiches Recht für alle und tatkräftig eintreten, daß auch jenen, die in Mangel und Elend geboren wurden, Luft, Licht, Sonne, gute Wohnung, Nahrung und Kleidung und bei ausreichender Begabung auch gleiche Bildungsmöglichkeit zuteil wird? Will sie endlich dauernd Haß und Rachegedanken in der Jugend schüren, ihrem Vaterland die Wiederaufstiegsmöglichkeiten erschweren, durch hochtrabende Reden und Drohungen das Mißtrauen des Auslandes wachhalten und Deutschland dadurch auch wirtschaftlich isolieren zu einer Zeit, wo nur durch die unendlich vielseitigen Verflechtungen der Weltwirtschaft Handel und Wandel blühen und Arbeitsmöglichkeit für alle Arbeitswilligen geschaffen werden kann? Oder will sie ihre Kinder lehren, daß auch unsere früheren Gegner Menschen sind, wenn sich auch ihre menschlichen Schwächen sehr fühlbar gegen uns auswirken, daß aber gerade wie im eigenen Lande die Gegensätze gemildert und nicht verschärft werden sollten, und daß das Ziel sein muß, gemeinsam mit ihnen an der Höherentwicklung der ganzen Menschheit in technischer, wirtschaftlicher und nicht zuletzt in kultureller Beziehung zu arbeiten?

Die demokratische Partei ist keine Klassengemeinschaft, sondern eine Gemeinschaft der Gesinnung und Weltanschauung. Sie will auf dem Boden der Weimarer Verfassung, die nach Zusammenbruch und Umsturz gesetzmäßige und gerechte Zustände schuf, allen deutschen Staatsbürgern ein menschenwürdiges Dasein bereiten. Sie will durch eine zielklare Außenpolitik, weder durch Drohen noch durch Winseln, sondern durch vernünftige Verständigung mit dem Auslande Deutschland die Möglichkeiten für einen allmählichen Aufstieg schaffen.

Diese Politik hat sie sechs Jahre lang verfolgt, und sie hat unter den schwierigsten Verhältnissen Erfolge gezeitigt, trotzdem ihr im eigenen Lande gerade im Augenblick der beginnenden Besserung die schwersten Rückschläge beigebracht wurden; ich erinnere nur an Kapp-Putsch und Rathenau-Mord. Sie hat unentwegt die mittlere Linie festgehalten, und die Vorwürfe der Anlehnung nach rechts oder links sind dafür die Bestätigung, daß sie stets dann mit den Nachbarparteien zusammenging, wenn diese demokratische Politik machten.

Nach außen steht sie auf dem Boden der einzig möglichen, der Erfüllungspolitik, und betrachtet das Dawes-Gutachten als das kleinste der in Frage kommenden Uebel, aber als eine wesentliche Erleichterung gegenüber dem Versailler Vertrag. Dieser, um es ganz kurz anzudeuten, gibt den Siegern alle möglichen Rechte über öffentliches und Privateigentum Deutschlands, jenes legt die Hand nur auf die Reichseisenbahn, regelt die Zahlungsbedingungen und der Zahlungsmöglichkeit usw. Trotzdem legt dieses Gutachten uns schwere Opfer auf, die aber jeder gute Demokrat zu seinem Teil auf sich nehmen muß, um Schlimmeres, die Besetzung deutscher Gebiete, zu vermeiden.

Eine Rechtsregierung würde bedeuten: Entweder Sabotierung des Gutachtens und somit Preisgabe deutschen Landes (rechts wollte man die Versachungspolitik für das Ruhrgebiet), oder aber Abwälzung der nötigen Opfer von den eigenen Schultern auf die am wenigsten leistungsfähigen.

Nun noch kurz ein Wort über die Verhältnisse in unserem engeren Vaterlande. Zwei Dinge traten da letzthin in den Vordergrund: die Herzogsforderungen und der Volksentscheid über vorzeitige Auflösung des Landtages. Zur ersten Frage ist der demokratische Standpunkt, daß Revolution neues Recht schafft, und daß heute nur jeder auf das Anspruch hat, was er selbst oder seine Vorfahren durch ehrliche Arbeit erworben hat. Wenn sich manche Braunschweiger so machtvoll für die Forderungen des einstigen Landesherrn einsetzen — vom sicheren Port läßt sich's gemächlich raten —, so drängt sich da immer die Frage auf: „Wo waren jene Herren eigentlich, als im November 1918 ihr Herzog auf ziemlich brutale Weise aus dem Braunschweiger Schloß vertrieben wurde, als die Frau schwerkrank darnieder lag? Man hat nie etwas davon gehört, daß sie ihrem jungen Herzog in dieser gefahrvollen Stunde zur Seite gestanden hätten; sie waren, wie manche andere Monarchisten, von der Bildfläche verschwunden.

Damals aber waren als einzige nichtsozialistische Partei die Demokraten auf dem Plan und legten mit Hand an, die rote Flut einzudämmen, die jene zu verschlingen drohte; denn es handelte sich zu nicht zum Monarchie oder Republik, sondern um demokratische Republik oder Rätediktatur; aber das hat man ja rechts längst wieder vergessen!

Nun zum Volksentscheid. Aus Sparsamkeitsgründen und um der „Mißwirtschaft" ein Ende zu machen, hielt man ihn für nötig. Die Mißwirtschaft sah so aus, daß nach Dr. Jaspers Exekrede selbst die schärfsten Gegner nicht mit ihrer Anerkennung zurückhalten konnten, denn sie zeigte, daß kaum in einem anderen Lande des Reiches so gesunde Finanzen bestehen, wie in Braunschweig, und als man Sparsamkeitsmaßnahmen vorschlug, die sofort durchzuführen waren, wie Kürzung der Diäten und Verminderung der Abgeordneten von 60 auf 48, da gab es rechts einen Rückzieher nach dem anderen, und schließlich erklärte der Führer, daß die ganze Geschichte nur angezettelt sei, „damit einmal wieder etwas los sei". Darum all die Unruhe und die großen Kosten!

Braunschweigerin, bedenke das alles, dann weißt du, in wessen Händen die Geschicke auch deines engeren Vaterlandes am besten aufgehoben sind, und du wirst dich nicht mehr von Spiegelfechtereien blenden lassen, wie du sie täglich in den Leitartikeln der Rechtsblätter lesen kannst. Sei auf deiner Hut vor solchen Leuten, die mit der einen Hand dem Hungernden den Teller Suppe reichen und mit der anderen den Stimmzettel, auch vor jenen, die goldene Berge versprechen, denn die gibt es bei uns jetzt nicht. Nur wenn jeder nach seinen Kräften Opfer bringt, kann es wieder bergauf gehen mit Deutschland.

Eine deutsche Frau aber, die vaterländisch empfindet, unter Vaterland jedoch nicht nur die eigene Schicht oder Partei versteht, sondern die ganze Volksgemeinschaft bis zum letzten ärmsten Glied und dieses wegen seiner größten Hilfsbedürftigkeit gerade am meisten, kann und darf am 7. Dezember ihre Stimme nur geben

der Deutschen Demokratischen Partei!

Deutsche, nationale Politik!

Die von Wirth eingeleitete, von Marx und Stresemann fortgeführte Außenpolitik ist die Politik der Befreiung Deutschlands. Diese Politik hat schon jetzt dazu geführt, daß deutsches Gebiet von fremder Besatzung geräumt wurde. Kein Deutschnationaler und kein Deutschvölkischer hat uns bis jetzt sagen können, wie man mit einer anderen Methode die Befreiung deutschen Landes erreichen kann. Wir wissen, daß die bisherige Außenpolitik spätestens am 15. August 1925 das Ruhrgebiet befreit, und wir hoffen, daß diese Politik uns auch den Tag bringt, an dem Rheinland und Pfalz von der französischen und wirtschaftlichen Not fremder Besatzung befreit sind. Es ist deutsche Pflicht, die Parteien zu unterstützen, die das deutsche Volk zur Freiheit führen wollen durch eine Politik der Vernunft und nicht durch eine Politik der Abenteuer, die allzuleicht die deutsche Zukunft für Jahrhunderte vernichten kann.

(Ludwig Haas.)

Volksgemeinschaft!

„Mit dem Gedanken der Volksgemeinschaft verträgt sich nicht die Hetze, die unter dem Schlagwort „Gegen Juda und Rom" neuerdings wieder gegen Juden und Katholiken einsetzt. Wir müssen, da wir Deutsche sind, gegen die Parteien und Richtungen Stellung nehmen, die den Haß gegen eigene Volksgenossen predigen. Die schwere Not, in der das deutsche Volk sich befindet, fordert dringend, daß wir uns bei aller Treue, mit der der einzelne seiner eigenen politischen Ueberzeugung dient, gegenseitig verstehen und achten. Die politischen Lehren, die ganze Gruppen der deutschen Bevölkerung ächten und verfemen, müssen rücksichtslos bekämpft werden."

(Reichskanzler Marx.)

Neue Wege schafft man mit dem Spaten,
Nicht, wie mancher glaubt, mit Säbelhieben!
Deshalb wählt der Weise Demokraten
Und er macht sein Kreuz — auf Liste sieben!

Verlag der Deutschen Demokratischen Partei. Druck von H. Kiehl & Co.
Sämtlich in Braunschweig.

Die Zeit arbeitet für die Republik!
Arbeite, du Wähler, auch für sie!

STADTARCHIV BRAUNSCHWEIG
H XVII 9:9 Reichs-Landtagswahl 1924 Nr.
Colour Chart #13
Blue Cyan Green Yellow Red Magenta White 3/Color Black